

Antrag

der Abg. Wolfgang Bebber u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Innenministeriums

Ruhestandsbeamter N. und der Witikobund

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. ob der Landesregierung bekannt ist,

- a) daß der Ruhestandsbeamte N. laut Witikobrief 1/97 Beisitzer im Bundesvorstand des Witikobundes ist, und im „Senat“ des Witikobundes u. a. Prof. Helmut Schröcke und Siegfried Zoglmann sitzen;
- b) daß der Ruhestandsbeamte N. im „Deutschen Seminar“ tätig ist und dort den Umgang pflegt mit Herrn Rolf Kosiek, Frau Melitta Erdmann und Karl Bassler;
- c) daß das „Deutsche Seminar“ sich das Ziel gesetzt hat, der Verbreitung der „Kriegsschuldflüge“ (?) und daß N. im Witikobrief 5/96 folgendermaßen zitiert wird: „Kam. Dr. Werner Nowak, Landesobmann der SL Baden-Württemberg, charakterisierte den bevorstehenden Vertragsschluß treffend als tschechischen Versuch, sich mit Hilfe einiger deutscher Politiker auf typisch Schwejksche Art aus der Verantwortung für einen Völkermord übelster Sorte zu stehlen“ (Nachrichten für die Sudetendeutschen 3/96);

2. welche dem Verfassungsschutz bekannten Aktivitäten die unter 1. a) und b) genannten Personen entwickelt haben, und wie die genannten Organisationen Witikobund und Deutsches Seminar sowie der Grabert-Verlag vom Verfassungsschutz eingeschätzt werden.

24. 02. 98

Bebber, Birzele, Heiler, Junginger, Birgit Kipfer SPD

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 24. März 1998 Nr. 5–1082.2/229 nimmt das Innenministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Vorbemerkung:

Die Bundesregierung hat zuletzt in zwei Antworten zu Kleinen Anfragen (vgl. Bundestagsdrucksachen 13/1483 und 13/2020) mitgeteilt, daß ihr keine eindeutigen Anhaltspunkte für Bestrebungen des Witikobundes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bekannt seien; ob sich solche Erkenntnisse verdichten, werde laufend geprüft. Der Witikobund ist mithin gegenwärtig als sog. Prüffall der Verfassungsschutzbehörden anzusehen. Das „Deutsche Seminar e. V.“ ist seit Januar 1997 regionales Beobachtungsobjekt des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, weil sich aufgrund von Einzelerkenntnissen tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen dieser Gruppierung ergeben haben. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß personenbezogene Daten und wertende Stellungnahmen zur politischen Tätigkeit von Einzelpersonen im Bereich des Extremismus von der Landesregierung nur unter den Voraussetzungen des § 12 Satz 2 Landesverfassungsschutzgesetz veröffentlicht werden dürfen.

Zu 1. a):

Die genannte Ausgabe des „Witikobriefes“ liegt dem Innenministerium nicht vor. Allerdings hat die Publikation „Der Rechte Rand“ in der Ausgabe Nr. 46 vom Mai/Juni 1997 unter Berufung auf den „Witikobrief“ eine Übersicht über den neuen Bundesvorstand des Witikobundes verbreitet, in der auch die im Antrag genannten Personen aufgeführt werden (Personenidentität unterstellt). Die Publikation „Der Rechte Rand“ veröffentlicht „Informationen von und für Antifaschisten“. Sie versteht sich als „strömungsübergreifendes Projekt“ und will erklärtermaßen „antifaschistische Gruppen“ ohne Ausgrenzung in ihre Arbeit einbeziehen. Damit stellt sie eine Plattform auch für linksextremistische Zusammenschlüsse und Organisationen bis hin zum gewaltbereiten autonomen Spektrum dar. Über die Richtigkeit der genannten Übersicht kann das Innenministerium keine Angaben machen. Der betreffende Ruhestandsbeamte hat im übrigen in einer Presseerklärung am 9. Februar 1998 seinen Austritt aus dem Witikobund bekanntgegeben.

Zu 1. b):

Eigene Erkenntnisse hierzu liegen der Landesregierung nicht vor. Der betreffende Ruhestandsbeamte hat jedoch am 10. Februar 1998 eine Presseerklärung abgegeben, wonach er zwar 1970 an der Gründungsversammlung, in der Folgezeit jedoch nur sporadisch an Veranstaltungen des „Deutschen Seminars“ teilgenommen habe. In dieser sowie einer weiteren Presseerklärung vom Vortag hat sich der betreffende Ruhestandsbeamte auch zu seinen Kontakten zu den im Antrag genannten Personen geäußert.

Zu 1. c):

Ungeachtet des unverfänglich formulierten Satzungszwecks (z. B.: „...wissenschaftliche Auseinandersetzung mit historischen, staatsrechtlichen...Fragen zur Förderung des staatsbürgerlichen Bewußtseins – besonders im Sinne der Präambel des Grundgesetzes“) verfolgt das „Deutsche Seminar e. V.“ nach den Erkenntnissen des Landesamtes für Verfassungsschutz bei der Auswahl von Veranstaltungsthemen und Referenten u. a. eher das Ziel, die 1990 erfolgte Wiedervereinigung nur als eine „Teilvereinigung“ zu sehen, die diesbezüglichen internationalen Verträge in Frage zu stellen und die Kriegsschuldfrage vorrangig auf das von den Alliierten begangene Unrecht zu reduzieren.

Da dem Innenministerium weder die Ausgabe Nr. 5/96 des „Witikobriefes“ noch die genannten „Nachrichten für die Sudetendeutschen“ vorliegen, kann die zitierte Äußerung nicht bestätigt werden. Im übrigen wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

Zu 2.:

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen. Über Kosiek und Bassler liegen dem Landesamt für Verfassungsschutz Erkenntnisse vor. Dr. Rolf Kosiek, früher Landtagsabgeordneter und „Chefideologe“ der NPD, ist Vorsitzender der „Gesellschaft für Freie Publizistik“ (GFP), die 1960 von ehemaligen SS-Offizieren und NSDAP-Funktionären gegründet wurde und mit bundesweit rd. 400 Mitgliedern als größte rechtsextremistische „Kulturvereinigung“ gilt (vgl. Verfassungsschutzbericht 1996, Hrsg.: Bundesministerium des Innern, S. 143 f.; Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 1996, S. 99 f.). Kosiek ist außerdem Lektor des „Grabert-Verlages“, Tübingen, und für die inhaltliche Arbeit des Verlages zuständig. Karl Bassler war ebenfalls Landtagsabgeordneter der NPD und trat u. a. bei dem „7. Gesamtdeutschen Kongreß“ der GFP im April 1996 als Referent auf.

Der „Grabert-Verlag“, Tübingen, ist einer der größten rechtsextremistischen Buchverlage in der Bundesrepublik Deutschland und Beobachtungsobjekt der Behörden für Verfassungsschutz. Einen Schwerpunkt des Verlagsprogramms bilden revisionistische und die Kriegsschuld leugnende Bücher. In der jüngeren Vergangenheit wurden mehrere Bücher dieses Verlages sowie des Tochterunternehmens „Hohenrain-Verlag“ beschlagnahmt oder von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert.

Dr. Schäuble
Innenminister